

Früheres Hotel soll Flüchtlinge beherbergen

Aufnahme von bis zu 25 Personen an der Straße „Am Telgenkamp“ geplant – Ausschuss für Projekt

Von Ludger Jungeblut

LINGEN. Der Finanzausschuss des Lingener Stadtrates unterstützt das Vorhaben, das ehemalige Hotel Reinking in der Straße „Am Telgenkamp“ umzubauen, damit in dem Gebäude bis zu 25 Flüchtlinge Platz finden. Dafür musste die Haushaltsatzung 2015 geändert werden. Bei Stimmhaltung von Jens Beeck (Liberale Fraktion) votierte der Ausschuss dafür.

Wie aus der Vorlage der Verwaltung hervorgeht, führt die Stadt als Sonderhaushalt die nicht rechtsfähige kommunale Stiftung „St. Antonie-Gasthauskasse“. Die aus dem Jahr 1879 stammende Kasse verfolgt das Ziel, römisch-katholische Menschen mit „ehrbarem Lebenswandel“, die älter als 60 Jahre sind, mit einer Beihilfe zu unterstützen. Das Stiftungsvermögen umfasst neben Grundstücken und Gebäuden auch Geldvermögen aus dem Verkauf von Erbbaugrundstücken in den vergangenen Jahren.

Die Lingener Verwaltung ist nach eigener Darstellung seit geraumer Zeit bestrebt, dieses Geldvermögen in eine Immobilie zu reinvestieren. Sie hält deshalb engen Kontakt mit der katholischen Kirchengemeinde St. Bonifatius. Vor einiger Zeit wurde der Stadt das Hotel Reinking zum Kauf angeboten. In der Sitzungsvorlage heißt es dazu: „Daraufhin wurden umfangreiche Gespräche geführt und die Immobilie geprüft, inwieweit hier in einer Win-win-Situation ein Erwerb durch die Stiftung St.

Antonie Gasthauskasse möglich ist und gleichzeitig eine Nutzung der Immobilie zur Unterbringung von Flüchtlingen erfolgen kann.“

Wie die Verwaltung mitteilte, hat sich herausgestellt, dass sich das Gebäude mit einer Wohn- und Nutzfläche von 427 Quadratmetern grundsätzlich hervorragend für die Beherbergung von Flüchtlingen eignet. Die Immobilie kann mit vorhandenem Mobiliar übernommen werden. Zur Sicherstellung des Brandschutzes sind daher laut Verwaltung Baumaßnahmen notwendig.

Nach dem Kauf des ehemaligen Hotels wird die Stiftung die notwendigen Umbaumaßnahmen durchführen lassen und dafür die Mittel bereitstellen. Parallel dazu ist eine Vermietung des Gebäudes im teilweise möblierten Zustand an die Stadt Lingen beziehungsweise an den SKM über einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen. Die monatliche Kaltmiete beträgt 2500 Euro.

Kritik von Beeck

Zur Finanzierung des Projekts wird die Stiftung 225 000 Euro aus eigenem Vermögen bereitstellen. Hinzu kommt ein Darlehen in gleicher Höhe mit einer Tilgungszeit von zehn Jahren.

Jens Beeck betonte, dass er das Vorhaben grundsätzlich unterstütze, übe aber heftige Kritik an dem finanztechnischen Verfahren: „Es verschafft der Stiftung einen riesigen Vermögenszuwachs.“ Marc Riße (Bürgernahe) wies die Kritik zurück. Alle sollten froh über die gefundene Lösung sein, gab er deutlich zu verstehen.



Das ehemalige Hotel Reinking an der Straße „Am Telgenkamp“ in Lingen wird umgebaut und soll künftig bis zu 25 Flüchtlinge beherbergen. Das wurde im Finanzausschuss des Lingener Rates bekannt gegeben.

Foto: Ludger Jungeblut

Stadt soll Ratsmitglieder mit Tablets ausstatten

Vorstoß der SPD im Finanzausschuss – Teilhaushalte vorgestellt

lj **LINGEN.** Der Betrag von 597 000 Euro, den die Stadt Lingen in diesem Jahr aus einem Sonderprogramm des Bundes zur Ankurbelung von Investitionen erhält, sollen im Haushalt 2016 berücksichtigt werden. Das Sonderprogramm habe noch keine Rechtskraft. Das hat Wolfgang Gerdes, Fachbereichsleiter Finanzen, in der jüngsten Sitzung des Finanzausschusses auf Anfrage von Michael Fuest (Bündnis 90/Die Grünen) mitgeteilt.

Mehrheitlich verabschiedete der Ausschuss unter Vorsitz von Hermann Gebbeken (CDU) fünf Teilhaushal-

te. Im Einzelnen handelt es sich um die Etats für den Fachbereich Personal, das Oberbürgermeisterbüro, für das Rechnungsprüfungsamt, für die Stabsstelle Controlling sowie für das Referat der Gleichstellungsbeauftragten. Einzelheiten erläuterten von der Verwaltung Birgit Feld, Elisabeth Lüken, Josef Schnieders, Helmut Janning und Gabriele Roelofs.

Nicht durchsetzen konnte sich Bernhard Bendick (SPD) mit dem Antrag, im Teilhaushalt Oberbürgermeisterbüro als Ziel verbindlich festzulegen, dass die Verwaltung zumindest halbjährlich die

Ortsräte darüber informiert, wie viel Geld den Ortsräten zur Verfügung steht. Bendick ist beratendes Mitglied im Ortsrat Schepsdorf.

Verwunderung

Die anderen Ausschussmitglieder zeigten sich verwundert über Bendicks Vorstoß. Es sei überhaupt kein Problem, in den anderen Ortsräten Infos über die Höhe der Mittel zu bekommen, die den Ortsräten im Verlauf eines Haushaltsjahres jeweils zur Verfügung stünden.

Bendick sprach sich ferner dafür aus, im Haushalt 2016 einen Betrag von 20 000 Euro

bereitzustellen, damit Ratsmitglieder Tablets im Rahmen eines elektronischen Ratsinformationssystem erhalten – gerade auch mit Blick auf die neuen Ratsmitglieder, die nach der Kommunalwahl am 11. September 2016 ins Kommunalparlament einziehen.

Jens Beeck (Liberale Fraktion) und Fuest kritisierten, dass die Verwaltung nicht über Aufgabenzuwächse in den einzelnen Bereichen informiert habe. Gebbeken und Gerdes sagten, dass dies im September im Rahmen der Beratungen über den Stellenplan geschehen werde.